

Ecodefense, Russland
Greenpeace Russland
Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen
Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau
Arbeitskreis Umwelt (AKU) Schüttorf
SOFA (Sofortiger Atomausstieg) Münster
Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg
Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)
IPPNW – Internationale Ärzte zur Verhütung eines Atomkriegs / Ärzte in sozialer Verantwortung

Moskau/Gronau/Münster/Berlin, 5. November 2019

Uranmüllexport der Urenco Gronau-Russland:

Neue russisch-deutsche Anti-Atom-Proteste:

- Russischer Generalstaatsanwalt eingeschaltet**
- Online-Petition an RWE, EON und Kanzlerin Merkel**
- 17. November, 13 Uhr: Kundgebung an UAA Gronau**

Russische und deutsche Anti-Atomkraft-Initiativen und Umweltverbände weiten ihre Proteste gegen den Uranmüllexport des Urananreicherungskonzerns Urenco von Gronau nach Russland aus: Greenpeace Russland schaltete jetzt den russischen Generalstaatsanwalt ein wegen des Verdachts des illegalen Atommüllimports in die Russische Föderation. Zugleich startete Greenpeace Russland am Wochenende eine Online-Petition an die Urenco-Miteigentümer RWE und EON sowie an den staatlichen russischen Atomkonzern Rosatom und die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel. Bis zum gestrigen Abend unterzeichneten bereits mehr 20 000 BürgerInnen die Petition. Für jede Unterschrift erhalten RWE und EON in ihren Firmenzentralen in Essen jeweils eine Protestmail.

Zudem kündigen die regionalen Anti-Atomkraft-Initiativen im Münsterland für Sonntag, den 17. November, um 13 Uhr an der Urananreicherungsanlage Gronau eine Kundgebung an. Gastredner wird dabei Vladimir Sliviyak sein, Ko-Vorsitzender der russischen Umweltorganisation Ecodefense. Für den folgenden Montag, 18. November, erwarten die Initiativen den nächsten Uranmülltransport von Gronau nach Russland, zunächst per Bahn und LKW zum Hafen nach Amsterdam. Von dort gelangt das Uran per Schiff nach St. Petersburg.

"Wir werden nicht tatenlos zusehen, wie mit Billigung der deutschen und russischen Regierung wieder abgereichertes Uran aus Gronau nach Russland gebracht werden soll. Wir fordern RWE und EON dringend auf, mit ihren Urenco-Anteilen für ein Ende dieser Exporte zu sorgen. Bundeskanzlerin Merkel muss als Regierungschefin ebenfalls für ein Veto gegenüber den beiden anderen Urenco-Regierungen in Den Haag und London eintreten," erklärte Rashid Alimov, Energieexperte von Greenpeace Russland.

"Uns ist es schon 2009 durch internationale Proteste gelungen, die damaligen Uranmülltransporte von Gronau nach Russland zu stoppen. Das wird uns auch dieses Mal wieder gelingen, weil es keinerlei Rechtfertigung für den unmoralischen und zynischen Atomdeal gibt. Das werden wir in den kommenden Wochen in Zusammenarbeit mit den deutschen Partnerinitiativen sehr deutlich machen. Ich freue mich über die Einladung nach Gronau," ergänzte Vladimir Sliviyak, Ko-Vorsitzender von Ecodefense.

"Wir sind bestürzt, dass die Bundesregierung diesen Uranexport im Bundestag auch noch gutheißt. Offensichtlich wird in Berlin alles getan, um die Urananreicherungsanlage in Gronau so lange wie möglich am Laufen zu halten – entgegen der gesellschaftlichen Entscheidung für einen Atomausstieg. Wer seinen Atommüll nicht im eigenen Lande entsorgen kann oder will, muss seine Atomanlage zwingend stilllegen – Russland ist nicht die Lösung für das massive Atommüllproblem," so Christina Burchert vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen.

Kontakt:

Vladimir Sliviyak, Ecodefense Russland, Tel. +7-9032997584

Rashid Alimov, Greenpeace Russland, Tel. +7-9219956118

Christina Burchert, Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen, Tel. 0171-28041110

Udo Buchholz, AKU Gronau/BBU, Tel. 02562-23125

Matthias Eickhoff, Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen, Tel. 0176-64699023

Kerstin Rudek, BI Umweltschutz Luechow-Dannenberg, Tel. 01590-2154831

Weitere Infos:

www.bbu-online.de, www.sofa-ms.de, www.urantransport.de, www.ippnw.de,

<https://www.facebook.com/AKU.Schuetdorf>